

Patient gesteht tödliche Attacke in Psychiatrie

Weinsberg. Brutaler Tod in einer Klinik: Ein psychisch kranker Straftäter hat gestanden, seinen Zimmergenossen in der Psychiatrie in Weinsberg (Kreis Heilbronn) umgebracht zu haben. Er habe den 60-Jährigen unter einem Vorwand in das gemeinsame Badezimmer gelockt und gewürgt, dann folgten Tritte gegen den Oberkörper und den Kopf, sagte der 33-Jährige nach Angaben der Polizei. Ein Motiv für die Tat ist nach Angaben der Polizei noch nicht erkennbar. Rund acht Wochen hatten die beiden psychisch kranken Straftäter zusammen auf einem Doppelzimmer verbracht, Auseinandersetzungen oder Streitigkeiten gab es zuvor keine. Ein Pfleger hatte die Leiche des 60-Jährigen am Montagabend Stunden nach der Tat gefunden.

Der mutmaßliche Täter wurde gestern nach Wiesloch (Rhein-Neckar-Kreis) in eine andere psychiatrische Klinik verlegt. Zu den Gründen, weshalb der 33-Jährige in Weinsberg untergebracht war, wollte die Klinik keine Angaben machen. Er ist nach Polizeiangaben wegen mehrerer verschiedener Delikte bekannt. Der Getötete war seit etwa einem Jahr wegen eines Kapitaldelikts im Maßregelvollzug für psychisch kranke Kriminelle untergebracht. Der Vorfall sei einzigartig, teilte das Klinikum Weinsberg mit. 100 Patienten werden dort behandelt. Die für den Maßregelvollzug zuständige Sozialministerin Katrin Altpeter (SPD) hat einen ausführlichen Bericht angefordert. Ein Sprecher erklärte: „Wir wollen geklärt wissen, ob es Versäumnisse der Klinik gab und ob diese Tat vermeidbar war oder ob der Klinik keine Versäumnisse vorzuwerfen sind.“ In diesen Kontext würden auch die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsergebnisse einbezogen. lsw

Zwölfjährige ist wieder da

Niefern-Öschelbronn. Ein seit drei Tagen vermisstes zwölfjähriges Mädchen aus dem Enzkreis ist wiedergefunden worden. Das Kind habe sich bei seinem Vater aufgehoben, teilte ein Sprecher der Polizei gestern mit. Das Mädchen habe angegeben, weder zur Mutter noch ins Heim zurück zu wollen. Darum hatte die Zwölfjährige sich laut Polizei an seinen Vater gewandt. Dieser holte das Mädchen zu sich und gab bei den Beamten am Mittwoch schließlich Entwarnung. Die Zwölfjährige war am Sonntag von einem Heim in Niefern-Öschelbronn wegelaufen. lsw

Sekte soll Rentenbeiträge nachzahlen

Heilbronn. Gegen eine saftige Nachzahlung von Versicherungsbeiträgen für ehemalige Mitglieder wehrt sich die streng gläubige „Deutsche Spätregenmission“ juristisch. Die Musterklage wird am 27. Januar verhandelt und am selben Tag entschieden, teilte das Sozialgericht Heilbronn gestern mit. Ins Rollen gebracht hatte den Fall eine heute 64 Jahre alte Frau, die vom Rentenversicherungsträger eine Kontenklärung vornehmen ließ.

Dabei fiel auf, dass die Glaubensgemeinschaft für sie, wie auch für andere, keine Rentenversicherungsbeiträge entrichtet hatte. Daraufhin forderte der Versicherungsträger Nachzahlungen für die Zeit der Mitgliedschaft in der Sekte. Die 64-Jährige war von 1965 bis 1979 bei der Gemeinschaft tätig. Die Mitglieder hatten in der Glaubensgemeinschaft Maler-, Gärtner oder Schneerarbeiten verrichtet. Die „Deutsche Spätregenmission“ macht geltend, sie habe zurecht keine Rentenversicherungsbeiträge für die Frau entrichtet. Denn Mitglieder und Ehemalige hätten im Alter Anspruch auf eine in der Gemeinschaft übliche Versorgung.

Die „Spätregenmission“ hat sich seit 1927 von Südafrika aus weltweit ausgebreitet. Die geistliche Zentrale für Europa ist in Beilstein (Kreis Heilbronn). Die Bibel wird als schriftliche Offenbarung Gottes und als einzige, irrtumslose Autorität in allen Lebens- und Moralfragen verstanden. lsw

Harmloser Freizeitspaß?

Laser-Tag alarmiert Jugendschützer und entzweit Gemeinderäte

Drei Orte, zwei aufgebrachte Gemeinderäte – Sven Eßwein und Ilias Tourgaidis betreiben Lasertag-Arenen. Das Spiel mit der Spielzeugpistole stieß in Neu-Ulm und Oftersheim dabei auf heftigen Widerstand.

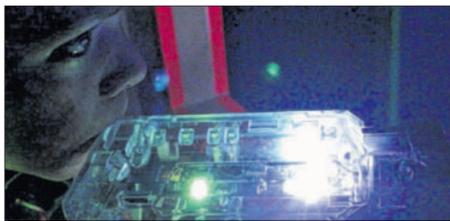
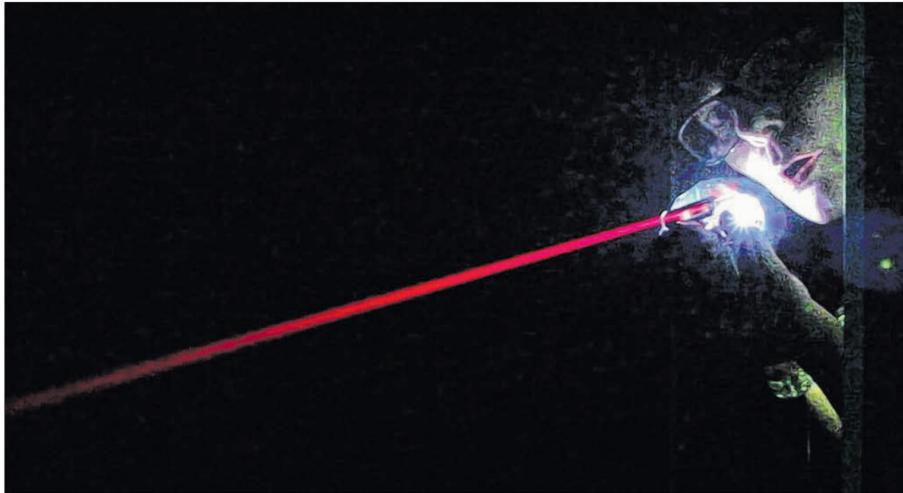
THOMAS BLOCK

Freiburg/Ulm. Sie haben alles selbst gebaut. Das Labyrinth, den Aussichtsturm, die ausgefuchste Schwarzlichtbeleuchtung – einfach alles. „Wir sind immer wieder mit meinem Bus zum Obi gefahren und haben neue HDF-Platten gekauft“, sagt Sven Eßwein und ist ein bisschen stolz. Heute werden die Platten mit ihrer Neon-Umrandung von Schwarzlicht bestrahlt, Nebel liegt in der Luft und elektronische Musik wummert durch die Halle, die mal ein Möbellager war. Im Eingangsbereich warten 30 Jugendliche auf den Beginn eines Spieles, das deutschlandweit Kontroversen provoziert.

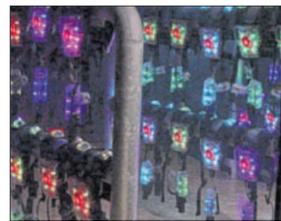
Die Lasertag-Arena in Denzlingen bei Freiburg ist die zweite, die Eßwein mit seinem Partner Ilias Tourgaidis eröffnete, bald sollen weitere in Baden-Württemberg und eine in Bayern folgen. Auf 1400 Quadratmetern haben sie etwas errichtet, das sie selbst als harmlosen Spaß und ihre Gegner als Kriegsverherrlichung bezeichnen. Das Spiel hat Gemeinderäte entzweit und Jugendschützer alarmiert.

Lasertag, so erklären es Eßwein und Tourgaidis, ist ein Spiel, bei dem es darum geht, eine gegnerische Mannschaft so oft wie möglich zu „markieren“. Dazu wird jeder Spieler mit einer Weste ausgestattet, an der Sensoren (Bauch, Rücken, Schultern) und ein „Phaser“ befestigt sind. Trifft der Laserstrahl des Phasers auf einen Sensor, ist der Spieler markiert. Wer es in dem Labyrinth aus splitterfreien HDF-Platten schafft, einen Spieler der gegnerischen Mannschaft zu markieren, bekommt Punkte; wer markiert wird, kann sechs Sekunden lang nichts mehr machen. Nach 15 Minuten ist das Spiel vorbei, die Punkte werden zusammengezählt.

Klingt harmlos. Auch weil Eßwein und Tourgaidis wissen, welche Worte sie vermeiden müssen: „Schießen“, „Waffe“, „Krieg“ und „Kämpfen“ heißen die Tabu-Wörter, wenn man gut über Lasertag sprechen möchte. Das ist nicht ganz leicht, sieht doch der Phaser aus wie eine Spielzeugpistole, ist eine Markierung nichts anderes als ein virtueller Schuss und erinnert das Labyrinth mit seinen Schlupfwinkeln und dem Nebel doch stark an



Drinnen in der Lasertag-Arena müssen Spieler sich gegenseitig markieren (oben). Den Phaser (links) müssen sie dafür auf die Sensoren richten, die ihre Gegner an Körper tragen. Foto: Ziehe



Kriegskulissen aus Computerspielen. „Das ist nichts anderes als Fangen spielen“, sagt Tourgaidis. Die Betreiber der Arena glauben fest daran, dass jede Kritik am Lasertag entkräftet wird, wenn man sich nur selbst ein Bild macht. Es ist ihnen wichtig, einen sauberen Eindruck zu hinterlassen: Schließlich sind Kindergeburtstage und Ausflüge die wichtigsten Einnahmequellen. Im Eingangsbereich schwirren Jugendliche zwischen 10 und 20 herum, trinken Limo und unterhalten sich über das Spiel. Auf zwei Bildschirmen werden verschwommene Bilder aus der Arena und die Ereignisse im Liveticker gezeigt – „Pferd

phasert Batman“ steht da, oder „Ente wurde verstrahlt“.

„Lasertag ist auch nicht Lasertag“, sagt Eßwein. Beim Kauf hätten sie darauf geachtet, dass die Phaser echten Waffen nicht ähneln. Tarnkleidung oder ähnliches seien tabu.

„Trotzdem ziehe ich mit pistolenartigen Geräten auf jemanden und versuche ihn zu treffen“, sagt Christina Richtmann. „Das finde ich unmoralisch.“ Richtmann war eine von drei Gemeinderäten, die gegen die geplante Lasertag-Arena in Neu-Ulm gestimmt haben. Seit knapp einem halben Jahr zieht sich der Genehmigungsprozess schon hin. Der Gemeinderat stimmte

mehrheitlich für die Halle, weil eine Ablehnung rechtlich nicht haltbar gewesen wäre, nun beschäftigt sich das Ordnungsamt mit dem Bau.

Die Neu-Ulmer sind mit ihrer Skepsis nicht alleine. In Oftersheim hatte der Gemeinderat 2013 bis zuletzt seine Zustimmung verweigert. „Obwohl es ganz klar war, dass der Antrag dem Recht entspricht“, sagt Jens Volpp, Leiter des Haupt- und Ordnungsamtes in der 12 000-Einwohner-Gemeinde. „Kriegs- und gewaltverherrlichende Aktivitäten wollte man nicht unterstützen.“ Am Ende musste das Landratsamt die Gemeinde überstimmen und die Anlage genehmigen.

„Das ganze Theater ist völlig übertrieben“, sagt Eßwein und zeigt einen Brief des Bürgermeisters von Ketsch, einer Nachbargemeinde Oftersheims. „An dieser Stelle möchte ich Ihnen nochmals ganz herzlich für Ihre Mitwirkung am diesjährigen Kinderferienprogramm bedanken“, steht da, und: „Wie hoffen sehr, dass Sie auch im nächsten Jahr wieder dabei sein werden.“ Der Brief passt zur Beobachtung, die Eßwein oft macht: Ist die Lasertag-Arena erstmal da, endet die Debatte schneller als sie angefangen hat.

Video auf swp.de/lasertag

Juristisch auf der sicheren Seite

Militärisch Lasertag kennt viele Spiel-Varianten und ist verwandt mit „Paintball“, bei dem Farbkugeln verschossen werden. Im Gegensatz dazu darf Lasertag jedoch oft auch von Minderjährigen gespielt werden. Juristisch sind Verbote kaum durchsetzbar. Die Technik wird auch im Militärtraining eingesetzt. eb



Ballsport im Gewerbegebiet: Die Lasertag-Arena in Denzlingen (Kreis Emmendingen). Foto: Fabian Ziehe

Abschiebefall verärgert Grüne

Schicksal einer Roma-Familie führt zu Spannungen in der Koalition

Grünen-Landeschef Hildenbrand kritisiert die Abschiebung einer Roma-Familie mit sechs Kindern nach Serbien als inakzeptabel. Das SPD-geführte Innenministerium verteidigt indes das Vorgehen.

ROLAND MUSCHEL

Stuttgart/Freiburg. Die am Dienstag erfolgte Abschiebung einer Roma-Familie mit sechs Kindern aus Freiburg nach Serbien belastet das Klima in der Koalition. „Diese Abschiebung ist inakzeptabel“, sagte Grünen-Landeschef Oliver Hildenbrand der SÜDWEST PRESSE.

„Ich hatte mich auf das Wort von Innenminister Reinhold Gall (SPD) verlassen, dass ein formaler Winterabschiebestopp nicht notwendig sei, weil das Land jeden Fall einzeln nach humanitären Gesichtspunkten prüfe“, sagte Hildenbrand weiter. Eine solche Prüfung hätte aber zwingend zum Schluss führen müssen, „dass diese Abschiebung nicht erfolgen darf“. Der Grüne forderte Gall auf, die Kriterien für die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber offenzulegen. „Der Innenminister muss hier schnellstmöglich Transparenz schaffen.“

Die Gründe, die zu einer Abschiebung führen, seien „alle bekannt“, konterte Galls Sprecher. Wenn das Bundesamt für Migration einen Asylantrag abgelehnt habe, gelte

die Ausreisepflicht. Hinderungsgründe seien etwa schwere Erkrankungen, fehlende Reisepässe oder die Aufnahmeweigerung der Herkunftsländer. Im Fall der Roma-Familie habe es „weder rechtliche noch tatsächliche Hinderungsgründe“ für die Abschiebung gegeben. Eine inoffizielle Zusage des Innenministers, bis Mitte März auf Sammelabschiebungen zu verzichten, habe es ebenso wenig gegeben.

Am Dienstag war die Roma-Familie bei einer Sammelabschiebung mit 140 weiteren abgelehnten Asylbewerbern aus dem Bundesgebiet,

davon 57 aus Baden-Württemberg, ins Heimatland ausgeflogen worden. Im Oktober 2014 hatte der Petitionsausschuss des Landtags die von Grünen-Fraktionschefin Edith Sitzmann unterstützte Bitte der Familie abgelehnt, in Freiburg wohnen bleiben zu dürfen. Noch am Dienstag hatten Grünen-Abgeordnete versucht, die Abschiebung zu verhindern. Auch die Freiburger SPD-Abgeordnete Gabi Rolland kritisierte das Vorgehen: „Ich empfehle nach dieser Abschiebung Entsetzen und Wut“, sagte sie der Nachrichtenagentur dpa.



Protest gegen Abschiebungen in Söllingen. Am Dienstag ist von hier wieder eine Maschine mit abgelehnten Asylbewerbern gestartet. Foto: Stefan Jehle

Extra-Zellen für Islamisten umstritten

Sollen islamistische Gefängnisinsassen abgeschottet werden? Dann könnten sie andere nicht radikalisieren, sagt der Bund der Justizvollzugsbeamten.

Stuttgart. Mit der Frage nach einem angemessenen Umgang mit islamistischen Strafgefangenen muss sich nach Ansicht der Vollzugsbeamten die Justiz beschäftigen. Nach den Pariser Terroranschlägen müsse diskutiert werden, ob islamistische Gefangene separat von gewöhnlichen Kriminellen untergebracht werden, sagt Georg Konrath, Vize-Landeschef des Bundes der Strafvollzugsbediensteten. „Die Ansteckungsgefahr im Gefängnis ist groß, weil viele der Gefangenen unter Minderwertigkeitsgefühlen leiden.“

Das Justizministerium sieht keinen Handlungsbedarf. Man habe keine Anhaltspunkte für islamistische Tendenzen in Gefängnissen des Landes, hieß es im Ressort von Rainer Stickerberger (SPD). Die Vollzugsbediensteten seien durch Schulungen für die Problematik sensibilisiert. Bereits heute sei es möglich, aus Sicherheitsgründen Gefangengruppen zu trennen.

Dagegen sieht die CDU im Landtag das Thema als vordringlich an. Es bestehe eine enorme Gefahr, dass Radikale andere Gefangene „anstecken“, sagte Karl Zimmermann. Der Strafvollzugsexperte der Fraktion will islamistische Gefangene ohne deutschen Pass Haftstrafen in ihrer Heimat verbüßen lassen. „Ich fordere den Bund auf, dies zu prüfen.“ Nikolaos Sakellariou, Justizexperte der SPD, meinte, es sei verantwortungslos, sich keine Gedanken über den Schutz gewöhnlicher Gefangener vor Radikalisierung zu machen.

Der grüne Justizexperte Jürgen Filius lehnt eine „politische Unterbringung“ von Islamisten ab. Ex-Justizminister Ulrich Goll (FDP) sieht den Vorschlag ebenfalls eher skeptisch. Die Anstaltsleitungen müssten das Risiko vermeiden, dass islamistische Insassen Häftlinge für ihre Ideologie gewinnen können.

Nach Konraths Überzeugung können muslimische Gefangene leichte Beute sein für Extremisten, die ihnen vorgaukeln, als Gotteskrieger einen neuen Stellenwert erhalten zu können. „Das Problem ist noch nicht so akut“, werde aber mit der wachsenden Zahl der Rückkehrer aus Syrien und dem Irak immer mehr zur Herausforderung.

Anlass der Debatte ist, dass sich Amedy Coulibaly, der Geiselnhmer aus dem Supermarkt in Paris, und Chérif Kouachi, einer der Charlie-Hebdo-Attentäter, vor Jahren im Gefängnis kennengelernt und sich dort radikalisiert haben sollen. lsw

Getöteter Junge: Kritik an Behörden

Schon 2013 Misshandlungen festgestellt

Im Fall des dreijährigen Alessio erheben Mitarbeiter der Freiburger Uniklinik Vorwürfe gegen Behörden: Warnsignale für Missbrauch seien klar gewesen.

JUDITH HOPPERMANN, dpa

Freiburg. Nach dem Prügeltoed des dreijährigen Alessio sieht das Uniklinikum Freiburg die Verantwortung beim Jugendamt. Der Bub sei 2013 und 2014 wegen des Verdachts der Kindesmisshandlung stationär in Behandlung gewesen.

Im vergangenen Jahr sei ein „klares Warnsignal“ gegeben worden, sagte die Chefin der Freiburger Kinderklinik, Charlotte Niemeyer. Die Klinik habe das Jugendamt informiert, Strafanzeige gestellt und die Behörden davor gewarnt, das Kind zurück in die Familie zu schicken. Warum der Junge trotz Warnungen gestorben ist, sei nun eine Frage, die das Jugendamt beantworten müsse, sagte die Ärztliche Direktorin der Kinder- und Jugendmedizin, Ute Spiekercötter.

Mit der Weitergabe des Patienten an den Jugendschutz endet den Angaben zufolge der Zuständigkeitsbereich der Klinik. „Deshalb ist jetzt die Aufgabe zu recherchieren: Wie arbeiten wir zusammen, damit für uns eindeutige Fälle nicht so enden?“, sagte Spiekercötter. „Jemand

was muss schiefgelaufen sein, an irgendeiner Stelle, sonst wäre der Junge nicht verstorben.“

Die Behörden weisen weiterhin jeden Vorwurf zurück. Es sei immer eine Abwägung: „Braucht das Kind jetzt Schutz oder die Familie Unterstützung, um den Erziehungsauftrag durchzuführen“, sagte die Sozialdezernentin des Kreises Breisgau-Hochschwarzwald, Eva-Maria Münzer. Die Tat sei nicht abzusehen gewesen, die Eltern hätten kooperiert. Es habe „noch nie einen solchen Fall“ gegeben – und das bei mehr als 200 Kindeswohlgefährdungen pro Jahr, so Münzer.

Der Fall des Jungen sei besonders schwerwiegend. Nur sehr selten stelle eine Klinik Strafanzeige, hieß es gestern. Die Ermittlungen dazu waren aber im Oktober 2014 eingestellt worden, weil dem in Verdacht geratenen Stiefvater nach Angaben der Staatsanwaltschaft Freiburg nichts nachgewiesen werden konnte. Der 32 Jahre alte Mann hatte den Dreijährigen am vergangenen Freitag mit schweren Verletzungen zu einem Arzt in Titisee-Neustadt gebracht. In der Praxis starb das Kind. Die Polizei ermittelt wegen Totschlags. „Wir sind zutiefst erschüttert und sprachlos“, sagte der Ärztliche Leiter des Kinderschutz-zentrums, Karsten Häffner. Er hatte den Jungen bei seinen beiden Klinik-aufenthalten behandelt.